

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Familie und Soziales
vom 08.09.2021**

Anwesend:

(stimmberechtigte)

Leidig, Bernd Baqué, Verena	Beigeordneter CDU	Vertreterin von Herrn Kühner
Breßler, Jonas Dropmann, Hans	CDU CDU	Vertreter für Frau Krantz
Krantz, Stefan Winkes, Daniel	CDU CDU	Vertreter von Frau Schönherr; geht nach TOP 2
Klodt, Uwe König, Adolf José	SPD SPD	Vertreter für Frau Höppner
Ober, Karl	SPD	Vertreter von Frau Dr. Werle-Schneider
Bruder, Gerhard, Dr. Hatzfeld-Baumann, Ute Wagner, Reiner Weißmann, Ingrid Brugger, Vincent	Die Grünen/Offene Liste Die Grünen/Offene Liste AfD FWG FDP	
Bordune, Dieter Fahlbusch, Annette Kardaus, Jan Richter, Kevin	Verwaltung Verwaltung Verwaltung Verwaltung	

(Abwesend bei Top ...)

Es fehlen entschuldigt:

(stimmberechtigte)

Krantz, Petra	CDU	vertreten durch Herrn Dropmann
Kühner, Daniel	CDU	vertreten durch Frau Baqué
Schönherr, Sonja	CDU	vertreten durch Herrn Winkes
Höppner, Aylin	SPD	vertreten durch Herrn J. König
Werle-Schneider, Gisela, Dr.	SPD	vertreten durch Herrn Ober
Schaich, Sylvia	Die Linke	

Beginn der Sitzung: 17:03 Uhr Ende der Sitzung: 18:06 Uhr

Die Mitglieder des Ausschusses für Familie und Soziales waren durch Einladung vom 01.09.2021 auf Mittwoch, den 08.09.2021 unter Mitteilung der Tagesordnung eingeladen worden.

Zugleich mit der Einladung wurde die Sitzung unter Angabe der Tagesordnung ortsüblich bekanntgegeben.

Die Tagesordnungspunkte 1 bis 4 wurden in öffentlicher Sitzung, im großen Saal des Dathenushauses, Kanalstraße 6, behandelt.

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Bernd Leidig
(Vorsitzende/r)

Kevin Richter
(Schriftführer/in)

Tagesordnung

I. Öffentliche Sitzung

Vorlagen der Verwaltung

1. Zuschuss an das Diakonische Werk Pfalz für die Schuldnerberatungsstelle 2021
Vorlage: XVII/1520

Mitteilungen und Berichte der Verwaltung

2. Soziales und Pflege in Zeiten von CORONA
Vorlage: XVII/1788

Anträge der Fraktionen

3. Sozialberatung
hier: Antrag der Stadtratsfraktion Die Grünen/Offene Liste
Vorlage: XVII/1639

Anfragen der Fraktionen

4. Wohnungen mit Sozialbindung; Anfrage der Stadtratsfraktion Die Grünen/Offene Liste
Vorlage: XVII/1791



Aktenzeichen: 51a/Ric

Datum:

Hinweis:

Zuschuss an das Diakonische Werk Pfalz für die Schuldnerberatungsstelle 2021

Beratungsergebnis:

Gremium	Sitzung am	Top	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input checked="" type="checkbox"/>	Ja-Stimmen:	
AFamSoz	08.09.2021	1	Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen:	
Laut Beschlussvorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Verwaltung ist beigefügt:	Unterschrift:		
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>			
Abdruck an:						

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

Das Diakonische Werk Pfalz, Karmeliterstraße 20, 67346 Speyer erhält für seine Schuldnerberatungsstelle in Frankenthal für das Jahr 2021 einen kommunalen Zuschuss in Höhe von **58.272,00 €** (incl. einer freiwilligen jährlichen Sonderfinanzierung von 35.000,00 €).

Protokoll:

Alle Ausschussmitglieder sind sich einig, dass die Schuldnerberatung eine wichtige Einrichtung und deren finanzielle Unterstützungen, für die umfangreiche Aufgabenerfüllung, immanent sind.

Herr Leidig führt des Weiteren aus, dass die Schuldnerberatung ab dem Jahr 2022 hinsichtlich einer neuen Leistungs- und Vergütungsvereinbarung neu aufgestellt wird. Hier laufen bereits Gespräche und es soll für das kommende Jahr eine transparente Lösung für alle Beteiligten gefunden werden.

Der Ausschuss begrüßt dies und wünscht sich darauf aufbauend eine genaue Darstellung der finanziellen Beteiligungen des RPK und der Sparkassen.



Aktenzeichen: 51b/AF 51-4/Bo Datum:

Hinweis:

Soziales und Pflege in Zeiten von CORONA

Beratungsergebnis:

Gremium	Sitzung am	Top	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
AFamSoz	08.09.2021	2	Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschlussvorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Verwaltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an:					

Protokoll:

Herr Leidig stellt den Bericht zusammenfassend vor.

Herr Dr. Bruder kritisiert den vorgestellten Bericht und findet diesen nicht ausreichend. Laut ihm werden hier Dinge, die bereits bekannt seien mitgeteilt und man erhalte keine neuen Informationen.

Des Weiteren wäre der Bericht in gewissen Punkten zu undetailliert ausgeführt worden.

Er habe sich gewünscht, dass mehr auf die Folgen der Auswirkungen der Coronapandemie eingegangen worden wäre.

Schließlich wird noch ein Verweis auf den kommenden Jugendhilfeausschuss gemacht. Hier wird ebenfalls ein Bericht bezüglich der Jugendthemen präsentiert.



Aktenzeichen: Die Grünen

Datum:

Hinweis:

Sozialberatung

hier: Antrag der Stadtratsfraktion Die Grünen/Offene Liste

Beratungsergebnis:

Gremium	Sitzung am	Top	Öffentlich:	<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig:	<input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen:	<input type="checkbox"/>
AFamSoz	08.09.2021	3	Nichtöffentlich:	<input type="checkbox"/>	Mit	<input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen:	<input type="checkbox"/>
					Stimmenmehrheit:	<input type="checkbox"/>	Enthaltungen:	<input type="checkbox"/>
Laut Beschlussvorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen		Kenntnisnahme:	<input type="checkbox"/>	Stellungnahme der Verwaltung ist beigefügt:	<input checked="" type="checkbox"/>	Unterschrift:	
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>					
Abdruck an:								

Protokoll:

Herr Leidig beantwortet den Fraktionsantrag der Grünen/Offene Liste mit beigefügter Stellungnahme.

Stellungnahme Antrag der Stadtratsfraktion Die Grünen/Offene Liste

Die Stadtverwaltung beabsichtigt eine Beratungs- und Koordinierungsstelle einzurichten. Dabei soll es sich um eine Kontakt- bzw. Anlaufstelle für Bürger handeln, welche im Bereich Familie, Jugend und Soziales Rat suchen.

Durch eine erste Bratung soll sichergestellt werden, dass Bürger sowohl innerhalb der Verwaltung, aber auch in Bezug auf externe Angebote nicht aufwändig suchen müssen, sondern direkt nach einer kurzen Analyse des Anliegens an den richtigen Ansprechpartner weitervermittelt werden.

Eine komplette Bündelung sämtlicher interner und externer Beratungsangebote in einer Stelle ist in fachlicher Hinsicht nicht möglich und auch nicht geboten. Wegen der Komplexität der verschiedenen Sachgebiete ist eine umfassende Beratung für eine Person praktisch nicht möglich und würde zu Doppelstrukturen führen.

Wir halten es aber ebenfalls für sinnvoll, einen Ansprechpartner für Rat suchende Bürger anzubieten. Diese Person soll neben einer kurzen Beratung eine Art Lotsenfunktion durch die zahlreichen Angebote im Bereich Familie, Jugend und Soziales bieten und den Bürger unterstützen und dann weitervermitteln.

Der Vorschlag der Verwaltung wird von der Fraktion als erledigt angesehen und angenommen.



Aktenzeichen: Die Grünen

Datum:

Hinweis:

Wohnungen mit Sozialbindung; Anfrage der Stadtratsfraktion Die Grünen/Offene Liste

Beratungsergebnis:

Gremium	Sitzung am	Top	Öffentlich:	<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig:	<input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen:	<input type="checkbox"/>
AFamSoz	08.09.2021	4	Nichtöffentlich:	<input type="checkbox"/>	Mit	<input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen:	<input type="checkbox"/>
					Stimmenmehrheit:	<input type="checkbox"/>	Enthaltungen:	<input type="checkbox"/>
Laut Beschlussvorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen		Kenntnisnahme:		Stellungnahme der Verwaltung ist beigefügt:		Unterschrift:	
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>			
Abdruck an:								

Protokoll:

Wohnungen mit Sozialbindung;
Anfrage der Stadtratsfraktion Die Grünen/Offene Liste

Die Anfrage wird durch die Verwaltung wie folgt beantwortet:

1. Wohnungen mit Sozialbindung in Frankenthal

Insgesamt haben derzeit **740 Wohnungen** in Frankenthal eine Sozialbindung.
Die Bindungen laufen folgendermaßen aus:

2024	84
2025	176
2026	136
2044	36
2047	56
2048	42
2049	41
2050	162
2051	7

Zum Bezug einer solchen Wohnung ist ein Wohnberechtigungsschein erforderlich. Ein solcher wird auf Antrag nach Prüfung der Voraussetzungen, einkommensabhängig für 1 Jahr ausgestellt. In Frankenthal wurden

2015	273
2016	356
2017	318
2018	287
2019	227
2020	218
2021	bisher 149

Wohnberechtigungsscheine ausgestellt.

Sollten sich bei den Mietern im Laufe der Mietzeit Veränderungen ergeben, die einen Bezug einer solchen Wohnung eigentlich verbieten würden, kann ein weiteres Wohnen durch die Zahlung einer Fehlbelegungsabgabe an die Stadt ermöglicht werden. 2020 haben insgesamt 36 Mieter eine solche Abgabe gezahlt (Einnahmen für die Stadt 18.600 €).

2. Grundsätzlich sehen die gesetzlichen Vorgaben vor, dass die Kosten der Unterkunft nur in angemessener Höhe übernommen werden dürfen. Die Angemessenheit der Bruttokaltmieten werden in regelmäßigen Abständen überprüft und den aktuellen Gegebenheiten angepasst. Letztmalig wurde eine Erhöhung der Angemessenheitsgrenze für das Gebiet der Stadt Frankenthal zum 01.06.2021 vorgenommen.

Sollte die geforderte Miete diese angemessene Bruttokaltmiete überschreiten ist es gesetzlich vorgesehen die Mieter zu einem Wohnungswechsel aufzufordern und diesen innerhalb einer Frist von 6 Monaten zu vollziehen. In dieser Zeit wird die geforderte Miete durch den Sozialhilfeträger weitergezahlt. Nach Ablauf der Frist können die Sozialleistungen dann auf die Angemessenheit gekürzt werden.

In der Praxis wird jedoch bei der Stadtverwaltung Frankenthal durchaus ein großzügiges Ermessen ausgeübt, d.h. bei einer geringfügigen Überschreitung der Angemessenheitsgrenze hat dies keine Konsequenzen für den Leistungsempfänger und die geringfügige Überschreitung wird von uns übernommen. Dies wird dann auch mit dem Jobcenter kommuniziert und die Überschreitung von uns genehmigt, so dass auch ALG II-Empfänger nicht sofort ihre Wohnung verlieren (die Kosten der Unterkunft trägt auch bei ALG II-Leistungen die Kommune). Bei der Ausübung unseres Ermessens werden selbstverständlich die persönlichen Umstände der Leistungsempfänger in die Prüfung einbezogen.

3. Derzeit erhalten 197 Haushalte Wohngeld und 7 Haushalte Lastenzuschuss. Neuanträge bzw. Weiterbewilligungsanträge liegen derzeit insgesamt 219 vor, die aufgrund von fehlenden Antragsunterlagen noch nicht beschieden werden konnten. In dieser Zahl sind selbstverständlich auch zahlreiche Fälle enthalten, die derzeit bereits laufende Leistungen erhalten.